

15.2.2021 - [Gesetzgebung](#)

Länder sehen erheblichen Verbesserungsbedarf

Der Bundesrat hat sich in seiner Sitzung am 12.2.2021 ausführlich zu den Plänen der Bundesregierung für eine umfassende [Reform der Kinder- und Jugendhilfe](#) geäußert. Auf über 70 Seiten zeigte er **detailliert fachlichen Verbesserungsbedarf** auf – beruhend auf Rückmeldungen aus der Praxis. Die Stellungnahme des Bundesrates wurde der Bundesregierung zugeleitet.

Bund müsse sich finanziell mehr beteiligen

In den Fokus gestellt wurde vor allem die **Finanzierung des Vorhabens**: die Umsetzung des Gesetzesvorhabens könne nur gelingen, wenn Ländern und Kommunen die dafür erforderlichen Mittel **bedarfsgerecht** zur Verfügung stehen. Die geplante Zuweisung neuer Aufgaben beziehungsweise die Erweiterung bereits übertragener Aufgaben ziehe erhebliche Mehrkosten für die Länder und Kommunen nach sich. Diese müssten durch dauerhafte Erhöhung der **Umsatzsteueranteile** kompensiert werden.

Die Weiterentwicklung einer inklusiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe begrüßen die Länder ausdrücklich. Sie weisen allerdings darauf hin, dass die **finanzielle Beteiligung des Bundes** an den erweiterten Rechtsverpflichtungen zur inklusiven Bildung und Betreuung im **SGBVIII** unzureichend ist. Der Bund müsse die Kosten an den zunehmenden Betriebskosten in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vollständig kompensieren.

Schutz und Teilhabe: die Pläne der Bundesregierung

Die Bundesregierung will Kinder und Jugendliche aus einem belastenden Lebensumfeld besser schützen und ihnen mehr Chancen auf Teilhabe geben. Ziel ist ein wirksames Hilfesystem, das **Kinder vor Gefährdungen schützt und Familien stärkt**. Im Einzelnen sieht das geplante Gesetz

- mehr Kooperation mit Akteuren im Kinderschutz,
- Stärkung von Pflegefamilien,
- mehr Rechte für Kinder in Pflegefamilien oder Einrichtungen der Erziehungshilfe,
- bessere Beteiligung der Betroffenen,
- Rechtsanspruch auf Beratung

vor.

Volltext: [BR-Drucks. 5/21 Stellungnahme des Bundesrates](#) zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - KJSG)